

GRÜNE Ratsfraktion · Aremberger Str. 42 · 53945 Blankenheim

Gemeinde Blankenheim
Frau Bürgermeisterin Jennifer Meuren
Ahrstraße 50
53945 Blankenheim

**FRAKTION IM RAT DER
GEMEINDE BLANKENHEIM**

Maria Sigel-Wings
Fraktionsvorsitzende

Aremberger Str. 42
53945 Blankenheim
Tel.: +49 (2697) 9068111
Mail: maria@gruene-blankenheim.de

Blankenheim, 12. Januar 2026

Beschlussantrag zur Stärkung der digitalen Souveränität

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Meuren,

für die Sitzung des Rates der Gemeinde Blankenheim am 29. Januar 2026 beantragen wir gemäß § 3 der Geschäftsordnung für den Rat der Gemeinde Blankenheim, folgenden Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu setzen:

Stärkung der digitalen Souveränität und Zukunftsfähigkeit der Gemeindeverwaltung

Der Antrag hat Auswirkungen auf den Haushalt 2026. Wir bitten daher, den Tagesordnungspunkt im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen 2026 zu behandeln und vor oder gemeinsam mit der Beschlussfassung über den Haushalt zu beraten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Maria Sigel-Wings

Beratungsfolge

29.01.2026 | *Rat der Gemeinde Blankenheim*

Beschlussvorschlag

Der Rat der Gemeinde Blankenheim beschließt:

1. Finanzielle Bereitstellung

Im Haushalt 2026 wird einen Betrag in Höhe von 15.000 € bereit gestellt, um eine umfassende Konzeption und Qualifizierung zur Steigerung der digitalen Souveränität der Verwaltung zu beauftragen und durchzuführen. Die Mittel decken ab:

- die systematische Analyse bestehender digitaler Abhängigkeiten,
- die Erarbeitung eines dreijährigen Zukunftskonzepts zur Erhöhung digitaler Unabhängigkeit,
- die Prüfung und prototypische Einbindung geeigneter Open-Source-Lösungen,
- Schulungen für Mitarbeitende zu digitalen Kompetenzen und souveränen Alternativen,
- Handlungsempfehlungen für eine schrittweise, wirtschaftlich tragfähige Umstellung auf nachhaltige, kosteneffiziente und rechtssichere digitale Strukturen.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept extern auszuschreiben oder fachlich geeignete Partner (z. B. das Zentrum für Digitale Souveränität, die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, spezialisierte IT-Berater) zu beauftragen.

2. Arbeitsgruppe Digitale Souveränität

Die Verwaltung etabliert eine Arbeitsgruppe „Digitale Souveränität & Open Source“ mit Vertretern der Fraktionen und der Verwaltung, die als Fachgremium zur Beratung der Entscheidungsgremien dienen soll.

3. Reporting und Transparenz

Der Gemeinderat wird quartalsweise (oder nach Bedarf häufiger) informiert über:

- Sachstand und bereits erzielte Fortschritte,
- identifizierte Chancen und Risiken,
- anstehende strategische Entscheidungen,
- Finanzübersicht und Budgetausschöpfung,
- Ergebnisse von Schulungen und Workshops

4. Finanzierung von Folgejahren

Der Gemeinderat erklärt seine Absicht, die Digitale Souveränität als Daueraufgabe zu behandeln. Dies wird bei der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Begründung

Die digitale Infrastruktur der öffentlichen Verwaltung ist heute ein wesentlicher Bestandteil kommunaler Handlungsfähigkeit. Sie betrifft Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Servicequalität - zunehmend jedoch auch Fragen von Datenschutz, Rechtssicherheit, demokratischer Kontrolle und politischer Unabhängigkeit. Vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher und geopolitischer Entwicklungen ist es daher geboten, die digitale Ausrichtung der Gemeinde Blankenheim strategisch zu überprüfen und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.

1. Politische Weltlage als neuer Rahmen kommunaler Verantwortung

Die internationale politische Lage hat sich spürbar verändert. Kriegerische Konflikte, hybride Bedrohungen, wirtschaftliche Sanktionen und eine zunehmende Instrumentalisierung digitaler Infrastruktur zeigen, dass Technologie längst Teil geopolitischer Machtverhältnisse ist.

Insbesondere politische Entwicklungen in den USA - geprägt durch nationalistische, autoritäre und europaskeptische Positionen im Umfeld von Donald Trump - verdeutlichen, wie schnell internationale Verlässlichkeiten infrage gestellt werden können. Bereits in der Vergangenheit haben politische Entscheidungen einzelner Staaten direkte Auswirkungen auf europäische Institutionen, Unternehmen und Behörden gehabt.

Für Kommunen bedeutet das nicht Alarmismus, sondern Realismus: Digitale Abhängigkeiten von Akteuren außerhalb Deutschlands und Europas bergen Risiken, die sich kurzfristig politisch, rechtlich oder wirtschaftlich materialisieren können - ohne dass vor Ort Einflussmöglichkeiten bestehen.

2. Digitale Abhängigkeit als Sicherheits- und Resilienzfrage

Moderne Konflikte werden nicht allein militärisch geführt. Cyberangriffe, digitale Abschaltungen, wirtschaftlicher Druck und gezielte Störungen kritischer Infrastrukturen gehören inzwischen zum Instrumentarium staatlicher und nichtstaatlicher Akteure.

Auch kommunale Verwaltungen sind Teil dieser kritischen zivilen Infrastruktur. Ihre Funktionsfähigkeit ist Voraussetzung für:

- Bürgerdienste,
- soziale Leistungen,
- Kommunikation,
- Verwaltungsentscheidungen,
- Speicherung von vorhandenen Daten.

Digitale Souveränität bedeutet in diesem Zusammenhang vor allem Resilienz: die Fähigkeit, auch bei politischen Spannungen, Krisen oder externen Störungen handlungsfähig zu bleiben.

3. Rechtliche Sicherheit und demokratische Kontrolle

Ein zentrales Risiko digitaler Abhängigkeiten liegt in der rechtlichen Dimension. Selbst bei formaler Einhaltung europäischer Datenschutzstandards bleibt oft unklar, welche Zugriffsmöglichkeiten ausländische Rechtsordnungen eröffnen oder welche politischen Entscheidungen technische Auswirkungen haben können.

Demokratische Selbstverwaltung setzt voraus, dass zentrale Verwaltungsprozesse rechtlich kontrollierbar, transparent und überprüfbar sind. Digitale Systeme dürfen nicht zu einer Blackbox werden, deren Regeln außerhalb des demokratischen Einflussbereichs liegen.

4. Wirtschaftliche Risiken und Haushaltsverantwortung

Digitale Abhängigkeiten sind auch ein finanzielles Thema. Viele digitale Dienste basieren auf Lizenz- und Abonnementmodellen, deren Kostenentwicklung communal kaum steuerbar ist. Kurzfristige Preisanpassungen oder veränderte Vertragsbedingungen können Haushalte erheblich belasten.

Hinzu kommt der dauerhafte Abfluss öffentlicher Mittel, häufig in Drittländer. Diese Mittel fehlen:

- für deutsche und europäische Wertschöpfung,
- für den Aufbau eigener Kompetenzen,
- für die Stärkung europäischer digitaler Strukturen.

Digitale Souveränität ist daher auch Ausdruck generationengerechter Haushaltspolitik und finanzieller Vorsorge.

5. Digitale Souveränität heißt Gestaltung, nicht Abschottung

Der Antrag zielt nicht auf einen kurzfristigen Systemwechsel ab. Vielmehr geht es darum, bestehende Abhängigkeiten transparent zu erfassen, Handlungsoptionen zu erweitern und fundierte Entscheidungen für die digitale Zukunft der Kommune zu ermöglichen.

In Deutschland und Europa existieren inzwischen leistungsfähige, praxiserprobte und datenschutzkonforme digitale Lösungen, die von öffentlichen Verwaltungen erfolgreich eingesetzt werden. Offene Standards und Open-Source-Ansätze ermöglichen:

- mehr Kontrolle über Daten und Prozesse,
- höhere Transparenz,
- langfristige Kostenstabilität,
- Zusammenarbeit und Wissenstransfer zwischen Verwaltungen.

Diese Optionen müssen jedoch strategisch vorbereitet und fachlich begleitet werden.

6. Notwendigkeit einer fundierten Konzeption

Die beantragte Bereitstellung von 15.000 € dient ausdrücklich nicht der unmittelbaren Beschaffung einzelner Produkte. Sie ermöglicht:

- eine systematische Analyse bestehender Abhängigkeiten,
- eine realistische Bewertung politischer, rechtlicher und finanzieller Risiken,
- die Entwicklung eines mehrjährigen, schrittweisen Zukunftskonzepts,
- gezielte Qualifizierung der Mitarbeitenden,
- sowie eine transparente Begleitung mittels Arbeitsgruppe.

Damit schafft der Gemeinderat eine belastbare Entscheidungsgrundlage für zukünftige Digitalentscheidungen – unabhängig von kurzfristigen politischen oder wirtschaftlichen Entwicklungen.

7. Verantwortung in unsicheren Zeiten

Kommunalpolitik bedeutet heute mehr denn je Vorsorge zu treffen, bevor Risiken akut werden. In einer Zeit wachsender internationaler Spannungen, kriegerischer Konflikte und politischer Polarisierung ist digitale Resilienz ein Bestandteil verantwortungsvoller Daseinsvorsorge.

Mit diesem Antrag bekennt sich die Gemeinde Blankenheim klar zu europäischer digitaler Souveränität.

Die beantragten Mittel sind überschaubar – ihr Nutzen für Sicherheit, Stabilität und kommunale Selbstbestimmung ist jedoch erheblich.

Info-, Beispiel- & Quellensammlung

10. Dezember 2025 | heise online

Gutachten: US-Behörden haben weitreichenden Zugriff auf europäische Cloud-Daten

[1] URL: <https://www.heise.de/news/Gutachten-US-Behoerden-haben-weitreichenden-Zugriff-auf-europaeische-Cloud-Daten-11111043.html>

Zusammenfassung/Überblick

Die digitale Souveränität Europas steht erneut im Feuer, denn ein nun offengelegtes Gutachten zeigt: US-Behörden können selbst auf Daten in europäischen Rechenzentren zugreifen. Entscheidend ist nicht der Speicherort, sondern die Kontrolle durch US-Unternehmen – damit geraten auch EU-Nutzer:innen in den Radius amerikanischer Geheimdienstgesetze. Besondersbrisant: Selbst europäische Firmen können betroffen sein, wenn sie relevante Geschäftsbeziehungen in die USA pflegen. Das Gutachten legt offen, wie groß die rechtlichen Grauzonen trotz DSGVO und EU-US-Datenschutzrahmen bleiben. Und es stellt die Frage neu, ob Europa bei Microsoft 365 & Co. weiter auf wackeligem Fundament steht – oder endlich eigene Lösungen stärken muss.

8. Dezember 2025 | heise online

Millionensstrafe gegen X: Musk fordert Abschaffung der EU, Account wird gesperrt

[2] URL: <https://www.heise.de/news/Millionenstrafe-gegen-X-Musk-fordert-Abschaffung-der-EU-Account-wird-gesperrt-11105798.html>

Zusammenfassung/Überblick

Die EU verhängt eine Strafe von 120 Millionen Euro gegen X – und prompt sperrt die Plattform den Werbeaccount der Kommission mit dem Vorwurf eines angeblichen Exploit-Missbrauchs. Elon Musk reagiert erst mit einem knappen „Bullshit“, dann mit einem radikalen Ruf nach Abschaffung der EU. Unterstützung erhält er aus Russland, während der US-Außenminister die Strafe sogar als „Angriff auf die amerikanischen Menschen“ bezeichnet. Hinter der Sperrung steckt offenbar ein automatisch weiterleitendes Video im EU-Post, dessen Funktion X nun blockiert hat. Die EU-Kommission betont dagegen, soziale Netzwerke stets „in gutem Glauben“ zu nutzen.

6. Dezember 2025 | heise online

Adieu Microsoft: Schleswig-Holstein setzt auf Open Source und spart Millionen

[3] URL: <https://www.heise.de/news/Adieu-Microsoft-Schleswig-Holstein-setzt-auf-Open-Source-und-spart-Millionen-11105389.html>

Zusammenfassung/Überblick

Schleswig-Holstein wagt den Bruch mit Microsoft – und spart schon im ersten Jahr über 15 Millionen Euro ein. Die Landesverwaltung stellt konsequent auf Open Source um und macht sich damit unabhängiger von teuren US-Lizenzen. Trotz anfänglicher Umrüstungsprobleme zeigt der finanzielle Effekt deutlich, dass digitale Souveränität auch wirtschaftlich lohnt. Während bereits rund 80 Prozent der Arbeitsplätze mit freier Software arbeiten, gilt es nun, Qualitäts- und Akzeptanzfragen zu lösen. Die politische Botschaft dahinter ist klar: Open Source ist kein Experiment mehr, sondern ein Zukunftsmodell für moderne Verwaltungen.

5. Dezember 2025 | heise online

Office-Abos werden teurer: Microsoft hebt Preise kräftig an

[4] URL: <https://www.heise.de/news/Microsoft-erhoeht-Preise-fuer-Microsoft-365-ab-Juli-2026-deutlich-11103864.html>

Zusammenfassung/Überblick

Microsoft dreht 2026 kräftig an der Preisschraube: Alle M365-Abos werden zum 1. Juli deutlich teurer. Besonders kleine Unternehmen spüren den Aufschlag, während Microsoft die Mehrkosten mit neuen KI- und Security-Features rechtfertigt.

21. November 2025 | heise online

Digitaler Rückfall in die 90er: US-Sanktionen treffen französischen Richter

[5] URL: <https://www.heise.de/news/Wie-ein-franzoesischer-Richter-von-den-USA-digital-abgeklemmt-wurde-11087453.html>

Zusammenfassung/Überblick

Ein französischer Richter erlebt aktuell einen digitalen Absturz in die 90er – ausgelöst durch US-Sanktionen gegen Mitglieder des Internationalen Strafgerichtshofs. Sämtliche Konten bei US-Dienstleistern sind für Nicolas Guillou gesperrt, Online-Buchungen werden gelöscht und selbst europäische Banken ziehen sich zurück. Der Fall zeigt schonungslos, wie abhängig Europa im Digital- und Finanzsektor von US-Infrastrukturen ist. Guillou warnt, dass ohne digitale Souveränität selbst rechtsstaatliche Institutionen ins Wanken geraten können.

6. Dezember 2025 | ZDF Heute Online

Der Fall des Richters Nicolas Guillou – Wie werden wir unabhängig von US-Technologie?

[6] URL: <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/usa-nicolas-guillou-sanktionen-usa-digitale-abhaengigkeit-souveraenitaet-100.html>

Zusammenfassung/Überblick

Der sanktionierte ICC-Richter Nicolas Guillou erlebt gerade, wie verletzlich Europas digitales Leben ist – denn die US-Regierung hat ihm praktisch den Stecker gezogen. Sein Fall zeigt, wie abhängig Europa von amerikanischen Plattformen, Zahlungsdiensten und Cloud-Anbietern geworden ist. IT-Rechtsexperte Dennis-Kenji Kipker warnt: Diese Abhängigkeit ist sicherheitspolitisch riskant und kann im Ernstfall ganze Staaten in die „digitale Steinzeit“ werfen. Gleichzeitig kritisiert er, dass Europa zwar über Souveränität spricht, aber weiterhin auf Überwachungstechnologien wie Palantir setzt. Kipker fordert deshalb ein radikales Umdenken – mehr europäische Lösungen, mehr regionale Kontrolle und bewusste Entscheidungen weg von US-Technologie.

22. November 2025 | Podcast „Auf die Ohren, fertig, GRÜN!“

Podcast | Folge 11 | Fremde Server – eigene Risiken

[7] URL: <https://www.wilfried-gierden.de/podcast-folge-11-fremde-server-eigene-risiken/>

Zusammenfassung/Überblick

Digitale Ausfälle zeigen immer deutlicher, wie stark Europa von Technologieanbietern außerhalb der EU abhängig ist. Selbst kleine Störungen können ganze Abläufe in Verwaltungen, Schulen oder Unternehmen lahmlegen. Diese Folge beleuchtet, warum diese Abhängigkeit zum politischen Risiko wird – für Sicherheit, Demokratie und Handlungsfähigkeit. Gleichzeitig zeigt sie, dass digitale Souveränität nicht in Brüssel beginnt, sondern in unseren Kommunen: bei Softwareentscheidungen, Datenhaltung und offenen Standards.

21. Juli 2025 | heise Online

Microsofts Souveränitäts-Debakel: Zwischen „blumiger Werbung“ und „keine Panik“

[8] URL: <https://www.heise.de/news/Microsofts-Souveraenitaets-Debakel-Zwischen-blumiger-Werbung-und-keine-Panik-10495023.html>

Zusammenfassung/Überblick

Microsofts Eingeständnis, keine Garantie zum Schutz europäischer Cloud-Daten vor US-Zugriff geben zu können, schlägt hohe Wellen und kratzt am Kern seiner Souveränitätsversprechen. Während IT-Rechtsexperten darin einen Beleg für bröckelnde Datensicherheit und bloße Marketingkulissen sehen, mahnen andere Stimmen zu einer juristisch nüchternen Einordnung. Der CLOUD Act sorgt weiterhin für Unsicherheit, doch europäische Microsoft-Tochtergesellschaften bleiben strikt an die DSGVO gebunden. Genau hier verläuft die zentrale Bruchlinie zwischen politischer Befürchtung und rechtlicher Realität. Klar ist: Die Debatte um digitale Souveränität gewinnt an Schärfe – und stellt Unternehmen wie Behörden vor neue Entscheidungen.

23. Mai 2025 | heise Online

EU-Cloudanbieter: Broadcom hat VMware Lizizenzen um 800 bis 1500 Prozent verteuert

[9] URL: <https://www.heise.de/news/EU-Cloudanbieter-Broadcom-hat-VMware Lizizenzen-um-800-bis-1500-Prozent-verteuert-10394816.html>

Zusammenfassung/Überblick

Broadcom steht massiv in der Kritik, weil die Lizenzpreise für VMware laut EU-Cloudverband CISPE um bis zu 1500 Prozent gestiegen sein sollen. Die neuen Vertragsmodelle mit Abozwang und Lizenzbündelungen setzen europäische Cloudanbieter stark unter Druck und bedrohen laut CISPE deren wirtschaftliche Stabilität. Gleichzeitig laufen Beschwerden bei der EU-Kommission, da Broadcom seine Marktmacht ausnutzen und unfaire Preiserhöhungen durchsetzen soll. Trotz kleiner Zugeständnisse wie einer kostenlosen vSphere-Version bleibt unklar, ob Broadcom wirklich Kursänderungen plant oder nur sein Image retten will. Die Branche fordert transparente Preise, längere Vorlaufzeiten und ein Ende der erzwungenen Abhängigkeiten.

November 2025 | openDesk

OpenDesk – Europäische Office-Suite für Verwaltungen

[10] URL: <https://www.opendesk.eu/de/ueber>

Zusammenfassung/Überblick

OpenDesk ist die vom ZenDiS entwickelte europäische Alternative zu Microsoft 365. Sie wurde speziell für öffentliche Verwaltungen und Institutionen konzipiert, die digitale Souveränität und Datenschutz (DSGVO) ernst nehmen. OpenDesk integriert bewährte Open-Source-Komponenten: LibreOffice für Office-Anwendungen, Nextcloud für Dateiablage und Collaboration, Open-Xchange für E-Mail/Kalender, Element für Messaging (auf Matrix-Basis) und OpenProject für Projektmanagement. Alle Daten bleiben in Europa; die Lösung läuft plattformübergreifend und ist DSGVO-konform. Version 1.0 startet Dezember 2025.

10. November 2025 | ZenDiS / KGSt / Stadt Dortmund

Kommunales Open-Source-Board nimmt Arbeit auf

[11] URL: <https://www.opendesk.eu/de/ueber>

Zusammenfassung/Überblick

Das neue Kommunale Open-Source-Board wurde als Verbundinitiative von Stadt Dortmund, KGSt und ZenDiS gegründet. Ziel ist, Open-Source-Expertise von und für Kommunen zu bündeln und auszubauen. Fokus liegt auf: Sensibilisierung für OSS-Einsatz, Stärkung des kommunalen Netzwerks, Aufbau von Wissensmanagement auf OpenCode, Unterstützung bei der digitalen Souveränität und schrittliche Erreichung dieser durch kommunale Zusammenarbeit. Das Board schafft einen zentralen Austauschraum für strategische Weiterentwicklung von OSS-Projekten.

16. November 2025 | Schieb.de

OpenDesk: Die europäische Alternative zu Microsoft 365

[12] URL: <https://www.schieb.de/opendesk-die-europaeische-alternative-zu-microsoft-365>

Zusammenfassung/Überblick

OpenDesk ist eine vollständige, europäische Alternative zu Microsoft 365, die alle Daten in Deutschland speichert. Die Lösung orientiert sich funktional an bekannten Microsoft-Produkten: Textverarbeitung, Tabellenkalkulation und Präsentationen über LibreOffice; E-Mail, Kalender und Kontakte über Open-Xchange; Messenger-Funktionen über Element (Matrix); Dateiablage und Sync über Nextcloud; Projektmanagement über OpenProject. OpenDesk ist plattformübergreifend nutzbar – webbasiert in jedem Browser sowie als native Anwendung auf Windows, macOS und Linux. Dokumente sind kompatibel mit Microsoft-Office-Formaten (DOCX, XLSX, PPTX) und dem ODF-Standard.

14. Oktober 2025 | OpenProject

8 Open-Source-Softwarelösungen für den öffentlichen Dienst

[13] URL: <https://www.openproject.org/de/blog/open-source-software-oeffentlicher-dienst/>

Zusammenfassung/Überblick

Dieser Überblick präsentiert bewährte Open-Source-Lösungen für Verwaltungen: Nextcloud (Dateien, Talk für Videokonferenzen, Groupware für Kalender/Kontakte, Office-Suite), OpenProject (Projektmanagement), LibreOffice (Office-Anwendungen), Matrix/Element (Messaging), Collabora Online (Web-basierte Office-Bearbeitung) und weitere Tools. Die Lösungen sind modular kombinierbar, DSGVO-konform und ermöglichen digitale Souveränität durch Kontrolle über Daten und Systeme.

28. Dezember 2025 | Borncity

OpenDesk und Nextcloud: Europas Antwort auf US-Sanktionen

[14] URL: <https://borncity.com/news/opendesk-und-nextcloud-europas-antwort-auf-us-sanktionen/>

Zusammenfassung/Überblick

Behörden und Unternehmen prüfen verstärkt, sich von teuren Microsoft-Lizenzen und US-Cloud-Providern unabhängig zu machen. Schleswig-Holstein spart seit März 2024 jährlich 15 Millionen Euro durch Migration auf LibreOffice, Nextcloud und Open-Xchange. Österreich migriert 1.200 Mitarbeiter zu Nextcloud, um die Kontrolle über Daten zu behalten und Risiken ausländischer Datenanfragen zu minimieren. Die bundesweite „OpenDesk“-Initiative des ZenDiS beschleunigt diese Entwicklung europaweit.

14. Mai 2025 | Gecko

Office ohne Abo: 4 Kauf-Pakete im Vergleich und warum OpenDesk noch besser abschneidet

[15] URL: <https://www.gecko.de/wissenshub/office-ohne-abo-4-kauf-pakete-im-vergleich-und-warum-opendesk-noch-besser-abschneidet/>

Zusammenfassung/Überblick

Dieser Vergleich stellt OpenDesk proprietären Office-Lösungen gegenüber. OpenDesk basiert auf bewährten Open-Source-Komponenten (LibreOffice, Nextcloud, Thunderbird) und bietet maximale Flexibilität: On-Premises (volle Kontrolle), SaaS (DSGVO-konform, wartungsarm) oder Confidential Cloud. Im Gegensatz zu Abonnement-Modellen fallen bei OpenDesk variable Implementations- und Betriebskosten an. Zielgruppen sind öffentliche Hand, NGOs, Mittelstand und Behörden, für die Datenschutz und Kontrolle zentral sind.

13. März 2025 | Thomas Krenn

Proxmox VE: So funktioniert Open Source Virtualisierung

[16] URL: <https://www.thomas-krenn.com/de/tkmag/expertentipps/proxmox-ve/>

Zusammenfassung/Überblick

Proxmox VE (Virtual Environment) ist eine leistungsstarke Open-Source-Plattform für Virtualisierung und Cluster-Management auf Basis von Debian. Sie kombiniert KVM (Hardware-Virtualisierung) und LXC (Linux Container) in einer Lösung. Kernfeatures: Web-basiertes Management ohne separaten Server, integrierter HA Manager mit automatischem Failover, Live-Migration ohne Ausfallzeit, flexible Storage-Optionen (NFS, iSCSI), Skalierbarkeit für tausende VMs. Einfache Verwaltung mit API und CLI. Das Gesamtpaket (kostenlos, Open Source, hohe Verfügbarkeit) macht Proxmox zu einer überzeugenden Alternative zu teuer werdenden VMware-Lizenzen.

14. Dezember 2025 | heise Online

Cloud: Zoff in Bayern wegen Milliardenauftrag an Microsoft ohne Ausschreibung

[17] URL: <https://www.heise.de/news/Cloud-Zoff-in-Bayern-wegen-Milliardenauftrag-an-Microsoft-ohne-Ausschreibung-11114453.html>

Zusammenfassung/Überblick

Der geplante Milliarden-Rahmenvertrag der bayerischen Staatsregierung mit Microsoft zur Nutzung von Cloud-Diensten für Behörden sorgt für massive Kritik. Informatiker:innen, Open-Source-Initiativen und die IT-Wirtschaft warnen vor einem erheblichen Verlust digitaler Souveränität, strategischen Sicherheitsrisiken und einem dauerhaften Abfluss öffentlicher Gelder in außereuropäische Strukturen. Besonders problematisch wird die Vergabe ohne Ausschreibung bewertet, da sie europäischen Wettbewerbern Chancen nimmt und den Zielen von EU und Bund widerspricht. Vor dem Hintergrund der aktuellen US-Sicherheitsstrategie und geopolitischer Spannungen wird gefordert, die Verhandlungen auszusetzen und stattdessen auf europäische, offene und resiliente IT-Lösungen zu setzen.

9. Dezember 2025 | Telepolis online

Umdenken bei Software gefordert: Open Source statt Konzernabhängigkeit

[18] URL: <https://www.telepolis.de/article/Umdenken-bei-Software-gefordert-Open-Source-statt-Konzernabhaengigkeit-11100545.html>

Zusammenfassung/Überblick

Es wird ein Umdenken in der europäischen Digitalpolitik gefordert: weg von der Abhängigkeit von US-Techkonzernen wie Microsoft, Google und Apple, hin zu Open-Source-Software als Grundlage digitaler Souveränität. Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung in den USA unter Donald Trump wird deutlich, wie verwundbar Europa durch technologische Abhängigkeiten ist. Studien betonen, dass Open Source das Rückgrat digitaler Infrastruktur bildet und staatliche Förderung – etwa durch die Sovereign Tech Agency – wirksam zur Stärkung von Resilienz, Transparenz und Innovationsfähigkeit beitragen kann. Beispiele aus Deutschland zeigen, dass Open Source in Verwaltungen praxistauglich ist. Zugleich warnt der Beitrag vor autoritären Tendenzen, wenn Staaten zentrale digitale Funktionen an private Plattformen auslagern – exemplarisch am US-Militärvertrag mit Palantir Technologies. Insgesamt wird Open Source als strategische Voraussetzung für demokratische Kontrolle, technologische Unabhängigkeit und eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung beschrieben.

9. Januar 2026 | BörsenNews.de

Digitale Erpressbarkeit - Europa hängt stark von US-Firmen ab

[19] URL: <https://www.boersennews.de/nachrichten/artikel/dpa/digitale-erpressbarkeit-europa-haengt-stark-von-us-firmen-ab/5003210/>

Zusammenfassung/Überblick

Europa ist bei zentralen digitalen Diensten stark von US-Konzernen wie Microsoft, Google, Amazon, Meta und Apple abhängig – und das wird angesichts politischer Spannungen als strategisches Risiko beschrieben. Experten warnen, dass die USA über Gesetze, Exportkontrollen oder politischen Druck zumindest kurzfristig den Zugang zu Cloud- und Softwarediensten einschränken könnten, was Wirtschaft und Verwaltung spürbar beeinträchtigen würde. Ein kompletter „Digital-Blackout“ von heute auf morgen gilt zwar als weniger wahrscheinlich, dennoch reichen schon stunden- oder tageweise Ausfälle, um die „digitale Erpressbarkeit“ real werden zu lassen. Europa diskutiert zwar seit Jahren digitale Souveränität, ist aber weit davon entfernt; gleichzeitig gibt es Signale wie Merz' Ankündigung, stärker europäisch zu beschaffen, und Schleswig-Holstein als Vorreiter beim Umstieg weg von Microsoft. Insgesamt lautet das Fazit: Deutschlands Abhängigkeit wird von Fachleuten als sehr hoch bewertet – und im aktuellen geopolitischen Klima nicht mehr als theoretisch.

13. November 2025 | Handelsblatt Online

Bitkom-Präsident warnt vor Erpressbarkeit bei US-Clouddiensten

[20] URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/digitalisierung-bitkom-praesident-warnt-vor-erpressbarkeit-bei-us-clouddiensten/100174273.html>

Zusammenfassung/Überblick

Bitkom warnt, dass deutsche Unternehmen durch die wachsende Nutzung von US-Cloud- und anderen ausländischen Technologien zunehmend „erpressbar“ werden, und fordert den konsequenten Ausbau europäischer Alternativen. Laut einer Bitkom-Umfrage unter über 600 Unternehmen stieg der Anteil der Firmen, die sich stark von den USA abhängig fühlen, von 41 auf 51 Prozent; bei China liegt der Wert ebenfalls bei 51 Prozent. Viele Unternehmen sehen sich so abhängig, dass sie ohne US-Technologien im Schnitt nur zwölf Monate und ohne chinesische nur elf Monate überleben könnten, und 63 Prozent erwarten in den nächsten fünf Jahren sogar noch mehr Abhängigkeit. Zusätzlich ist das Vertrauen in die USA gesunken (38 Prozent, zuvor 51 Prozent), was auch mit politischer Unberechenbarkeit begründet wird. Vor dem „Gipfel für europäische digitale Souveränität“ fordern Unternehmen und Politik daher mehr Investitionen in Schlüsseltechnologien und teils den Aufbau europäischer Hyperscaler.